Was wurde eigentlich aus ... der Ungleichheit?

Eine Rückschau und aktuelle Einordnung des Kurswechsel 3/1989:

„Zwischen Solidarität und Ungleichheit: Verteilung von Arbeit und Einkommen“

Julia Hofmann, Matthias Schnetzer

Abstract

Der Text reflektiert die Entwicklungen der sozialen Ungleichheit in Österreich zwischen den späten 1980er-Jahren und der Gegenwart. Ausgehend von den Diskussionen im Kurswechsel-Heft 3 von 1989, das erstmals Verteilungsfragen thematisierte, zeigen die Autor:innen, dass u. a. neoliberale Politiken, die Globalisierung und multiple Krisen die Ungleichheit verschärften. Manche Ungleichheitsdimensionen zeigten sich bereits in den 1980er Jahren; andere, wie etwa die Vermögensungleichheit sowie Ungleichheitsdimensionen in der digitalen Transformation und der ökologischen Krise, sind neu hinzugekommen. Der Sozialstaat bleibt weiterhin eine zentrale Instanz, um Ungleichheiten zu verringern. Allerdings steht auch er vor Herausforderungen insbesondere in Hinblick auf die Finanzierbarkeit zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen und seinen Umgang mit vulnerablen Gruppen.

1. Einleitung

Vor rund 35 Jahren – in Heft 3 von 1989 – beschäftigte sich der Kurswechsel mit einem „in der wirtschaftspolitischen Diskussion und Praxis sträflich vernachlässigte(n) Thema“ (Kurswechsel-Redaktion 1989: o. S. Vorwort): jenem der Verteilungspolitik. Der gewählte Titel der Ausgabe „Zwischen Solidarität und Ungleichheit: Verteilung von Arbeit und Einkommen“ weist bereits daraufhin, dass den im Heft behandelten Themen ein breites Verständnis von sozialen Ungleichheiten zugrunde liegt. So werden in den einzelnen Artikeln nicht nur verteilungspolitische Konsequenzen wirtschaftlicher Veränderungen (wie z. B. die zunehmende Internationalisierung) und getätigter Maßnahmen (wie z. B. der Steuerreform von 1988 oder der gewerkschaftlichen Lohnpolitik) analysiert. Es werden auch die Lebensrealitäten von sozialen Gruppen (wie z. B. von Frauen) und Verteilungskämpfe der Zukunft (am Beispiel von Umweltabgaben bzw. Ökosteuern) in den Blick genommen.

Zentral für dieses breite Verständnis sozialer Ungleichheiten ist wohl auch der bewusst gewählte Begriff der „Solidarität“ im Titel des Heftes. Dieser bringt einerseits die Ebene der Umverteilung und damit den Wohlfahrtsstaat als zentralen Akteur in die Verteilungsdebatte ein, was sich u. a. in den Heftbeiträgen zur Zukunft der Grundsicherung oder – noch breiter – zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates in Österreich abbildet. Andererseits öffnet der Begriff der „Solidarität“ auch die normative Ebene der Verteilungsdebatte: Solidarität verweist eben nicht nur auf die Allokation von Ressourcen, sondern auf ein Gemeinschaftsgefühl, auf dessen Basis Ressourcen geteilt werden (Stjernø 2005: 28). Dafür benötigt es einen „wechselseitigen Zusammenhang zwischen den Mitgliedern einer Gruppe von Menschen [...] der die Erwartung von gegenseitiger

Hilfe [...] wie die tatsächliche Bereitschaft dazu“ beinhaltet (Bayertz 1998: 11/12). Soziale Ungleichheit im Kontext von Solidarität zu analysieren meint daher auch, sie nicht nur als statistische Größe, sondern als grundlegende gesellschaftliche Auseinandersetzung über das akzeptierte Ausmaß zu verstehen.

Aus heutiger Perspektive erscheint es fast skurril, dass Verteilungsfragen in der wirtschaftspolitischen Diskussion und Praxis vor 35 Jahren „sträflich vernachlässigt“ wurden. Ein Blick auf die dominanten Theorieschulen, aber auch die gesellschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit macht dies jedoch begreifbar(er): So wurde Ungleichheit in der klassischen politischen Ökonomie noch recht ambivalent beurteilt, durch den Siegeszug der Neoklassik geriet sie jedoch ins Hintertreffen ökonomischer Überlegungen bzw. wurde teilweise sogar affirmativ bewertet (Krämer 2017). Hinzu kam, dass die Ungleichheit im 20. Jahrhundert in Westeuropa deutlich zurückging. Im „Zeitalter der sozialdemokratischen Gesellschaften“ (Piketty 2020) investierten immer mehr westliche Länder in staatliche Sozial- und Gesundheitssysteme. Diese und der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit ließen eine breite gesellschaftliche Mitte entstehen. Die Sicherung ihres Lebensunterhaltes war primärer Fokus wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bemühungen. Auch die Lohnpolitik leistete, insbesondere in Österreich, ihren Beitrag zur Stabilisierung der Verteilung, da die Reallöhne im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts mitwuchsen. Privater Reichtum auf der einen Seite und Armut auf der anderen Seite wurden demnach als zu vernachlässigendes gesellschaftliches Problem erachtet. Erst die 1980er Jahre brachten eine Trendwende: Die Internationalisierung und damit der zunehmende Konkurrenzdruck zwischen Staaten sowie neoliberale Politiken unterschiedlicher Prägung führten zu einem Wiederanstieg der Ungleichheit. Wachsende Arbeitslosigkeit, aber auch Armut beschäftigten zunehmend die Politik und setzten die breite Mitte unter Druck. Während sich Teile von Wissenschaft, Politik und Medien weiterhin bemühten, Verteilungsfragen „sträflich zu vernachlässigen“, war im Umfeld des Kurswechsels bereits eines klar: Die Verteilungsfrage lässt sich nun nicht mehr so leicht beiseite wischen, ein Heftschwerpunkt zu „Solidarität und Ungleichheit“ muss her.

Im folgenden Beitrag möchten wir die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den verteilungspolitischen Debatten Ende der 1980er und Mitte der 2020er Jahre aufzeigen. Hierfür sollen in einem ersten Schritt die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umstände der beiden Zeiträume aus verteilungspolitischer Perspektive umrissen werden. Anschließend versuchen wir entlang der damals und heute behandelten Themen sowohl die Kontinuitäten wie den Wandel in den Debatten aufzuzeigen.

2. 1989 versus 2025:

Veränderte Umstände in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die 1980er Jahre waren wirtschaftspolitisch betrachtet eine herausfordernde Phase für Österreich: Die goldenen Zeiten von Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung waren vorbei. Nicht nur die wirtschaftlichen Bedingungen wurden infolge der Ölpreisschocks herausfordernder, auch der internationale Trendwechsel von einer nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik setzte den auf Vollbeschäftigung, Hartwährung und Korporatismus ausgerichteten Austro-Keynesianismus zunehmend unter Druck (Dirninger 2017, Unger 2006). Nationale Arbeitsmarkt- und Budgetprobleme

verstärkten einander wechselseitig. Der innenpolitische Druck auf die regierende SPÖ wurde stärker, was letztlich auch sie dazu brachte, vor der „neoliberalen Wende“ immer mehr zurückzuweichen und vorwiegend Abwehrkämpfe zu führen (Grimm 2018).

Aus verteilungspolitischer Perspektive war natürlich im Austro-Keynesianismus nicht alles eitel Wonne: Armut und Arbeitslosigkeit gab es auch damals; soziale Ungleichheiten (insbesondere in Bezug auf Geschlecht und Herkunft) waren fester Bestandteil der sozialen Struktur. Manch ein:e Analyst:in hob den fehlenden Schwerpunkt auf Verteilungsfragen, insbesondere die Vernachlässigung der Zunahme von privatem Vermögen, sogar als eine der wesentlichen Schwächen der Ära Kreisky hervor (Walterskirchen 1991). Die wirtschaftlichen Herausforderungen der 1980er Jahre stellten die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit Verteilungsfragen allerdings auf eine neue Stufe – es wurde erstmals vor dem Entstehen einer „Zweidrittel-Gesellschaft“ (Natter/Riedelsberger 1988) gewarnt.

Gleichzeitig befinden wir uns in den 1980er Jahren in einer Frühphase dessen, was wir heute als Globalisierung bezeichnen. Der EU-Beitritt Österreichs folgte 1995, sechs Jahre nach Erscheinen des Kurswechsel-Heftes. Die Schattenseiten der Internationalisierung werden aber bereits 1989 sichtbar. Dies zeigt sich u.a. in dem Artikel von Brigitte Unger (1989) in unserem Kurswechsel-Heft von 1989, welche darauf hinweist, wie stark nationale Politikoptionen durch die Internationalisierung eingeschränkt werden. Mit Bezug auf die Verteilungsfrage sieht Unger daher nur mehr wenig Möglichkeiten für progressive Politiken. Man könne versuchen, den Kuchen zu vergrößern – d.h. die nationale Wertschöpfung zu erhöhen, indem bessere Güter und Dienstleistungen angeboten werden –, damit alle ein größeres Stück davon abbekommen. Durch gezielte Bildungs- und Sozialpolitik könnten die Arbeitskräfte weiters besser qualifiziert und die Beschäftigung gesichert werden. Umverteilende Steuervorschläge, wie wir sie heute diskutieren (z.B. in Form von Vermögenssteuern), kommen allerdings nicht in den Fokus ihres Artikels. Dies ist ein gutes Beispiel für den damaligen Stand der Debatte zu den Auswirkungen der zunehmenden Internationalisierung auf nationale Handlungsspielräume. Viele progressive Akteur:innen standen einer forcierten Internationalisierung (etwa auch in Form eines EU-Beitritts Österreichs) skeptisch gegenüber, da sie die Machtasymmetrie von (national eingetragter) Arbeit und (international agierendem) Kapital weiter zugunsten von letzterem verschieben würde und somit auch die Ungleichheit erhöhen würde.

2025 gehört die Globalisierung zum wirtschaftlichen Alltag. Die Zeiten des Austro-Keynesianismus sind lange vorbei, die stalinistischen Systeme in Osteuropa sind vor Jahrzehnten implodiert und die Vielfachkrisen (Bader et al. 2011) – sei es in Form von wirtschaftlichen Krisen, ökologischen Katastrophen oder kriegerischen Auseinandersetzungen – verdichten sich immer weiter. Zwar mag sich die neoliberale Politik derzeit in einem Wandel mit offenem Ausgang befinden (Plehwe 2022), ein „Zurück in die alten Zeiten“ wird es jedoch nicht mehr geben.

Einige Befürchtungen von 1989 sind nämlich bereits Wirklichkeit geworden: So ist erstens das Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital ungleicher geworden; Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien haben einen fortschreitenden Macht- und Bedeutungsverlust hinter sich und stabilisieren sich derzeit auf niedrigerem (Einfluss-)Niveau. Damit gehören auch ausbalancierte Machtverhältnisse und korporative Strukturen vielfach der Vergangenheit an. Zweitens sind die Zeiten hoher wirtschaft-

licher Wachstumsraten vorbei; Verteilungspolitik muss nun vermehrt im Kontext wirtschaftlicher Stagnation gedacht werden. Umverteilungspolitiken und sozialpolitische Maßnahmen sind in diesem wirtschaftlichen Umfeld auch in stetigem Legitimierungszwang. Drittens haben sich die nationalen Spielräume für verteilungspolitische Maßnahmen weiter eingeschränkt; wobei die vergangenen 35 Jahre gezeigt haben, dass Nationalstaaten der Globalisierung weder ohnmächtig gegenüberstehen noch dass sie in die Bedeutungslosigkeit versinken. Viertens hat der Aufstieg der Tech-Branche nicht nur neue überreiche Milliardär:innen hervor gebracht; über die Digitalisierung verstärken sich auch neue und alte Ungleichheiten. Die Globalisierung hat den national- und sozialstaatlichen Zugriff auf Vermögen weiter erschwert und komplexe multinationale Unternehmenskonstruktionen verschleiern zudem die Eigentumsverhältnisse. Gleichzeitig würden es die neuen technischen Möglichkeiten heutzutage aber auch erleichtern, Zugriff auf Vermögen zu erhalten. Eine Chance, die bislang angesichts der Übermacht des Kapitals allerdings ungenutzt bleibt. Fünftens bringen „kapitalistische Landnahmen“ (Dörre 2012) stets neue Ausbeutungsformen hervor und tragen zur Spaltung der Lohnarbeiter:innen bei. Dies erschwert nicht nur auf der strukturellen Ebene die Solidarität untereinander. Auch rechtsradikale Parteien, die in den vergangenen Jahren vermehrt Zuspruch erhalten haben, schlagen in diese Kerbe und verschieben den Verteilungskonflikt zwischen oben und unten in einen scheinbaren Kampf zwischen innen und außen (Mau/Lux/Westheuser 2023).

Im Vergleich zu 1989 zeigt sich, dass die Verteilungskonflikte nicht nur *offensichtlicher* geworden sind, sondern teilweise auch *offensiver* geführt werden. Die Idee einer „Zweidrittel-Gesellschaft“ ist von der Vorstellung einer „refeudalisierten Gesellschaft“ (Neckel 2013) abgelöst worden, bei der im Sinne einer Oligarchie einige Wenige überreich und übermächtig sind. Angesichts der multiplen Auseinandersetzungen haben sich Verteilungskonflikte auf verschiedene gesellschaftliche Arenen ausgeweitet. Neben dem Verhältnis von Arbeit und Kapital stehen, wie wir im Folgenden zeigen wollen, auch andere Verteilungsaspekte heute vermehrt im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen. Manche hat der Kurswechsel von 1989 bereits in weiser Voraussicht antizipiert.

3. Ungleichheitsdimensionen im Wandel der Zeit: Kontinuitäten, Brüche & neue Aspekte

3.1. Marktinduzierte Ungleichheiten

Der Kurswechsel 1989 widmete sich zahlreichen Aspekten von Einkommensungleichheit, etwa den Lohnunterschieden nach Branche und Qualifikation im Beitrag von WIFO-Ökonom Alois Guger oder der geschlechtsspezifischen Lohnlücke im Artikel der späteren Generaldirektorin für Finanzkontrolle in der EU-Kommission Edith Kitzmantel. Diese Themen nehmen nach wie vor viel Raum in gegenwärtigen Ungleichheitsdiskursen ein, es gibt jedoch neben bemerkenswerten Kontinuitäten auch deutliche Unterschiede.

Erstens haben die eingangs skizzierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen die Balance zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen in Österreich maßgeblich verschoben. 1989 lag der Anteil der Löhne am volkswirtschaftlichen Einkom-

men, also die Lohnquote, nach Zahlen der EU-Kommission mit etwa 68% bereits deutlich unter dem Niveau der 1970er Jahre (bis zu 76%), der starke Einbruch gegenüber den Gewinneinkommen stand aber erst noch bevor und beschleunigte sich ab dem EU-Beitritt 1995 (auf unter 60%). Erst mit der Finanzkrise 2008 wurde der Rückgang gestoppt und die Lohnquote blieb eine Dekade stabil auf niedrigerem Niveau (bei rund 62%). Gleichzeitig kletterte das Verhältnis zwischen den Vorstandsgehältern in ATX-Unternehmen und dem Medianlohn von Arbeitnehmer:innen seit Anfang 2000er bis heute von rund 1:20 auf etwa 1:80. Das ist nicht auf sinkende Medianlöhne, sondern auf eine exorbitant steigende Vorstandsvergütung zurückzuführen, die vermehrt als variabler, an Gewinnziele geknüpfter Gehaltsanteil ausbezahlt wird.

Zweitens ist die Fragmentierung innerhalb der Lohnabhängigen seit 1989 gestiegen. Das eng mit dem fordistischen Akkumulationsregime verknüpfte Normalarbeitsverhältnis mit langer stabiler Beschäftigung ist einem stark diversifizierten Arbeitsmarkt gewichen. Ein Grund dafür ist der kontinuierliche Anstieg der Arbeitslosigkeit seit den 1980ern, der die Phase von Vollbeschäftigung in den 1970ern beendet hat. Das Anwachsen einer industriellen Reservearmee hat den Druck am Arbeitsmarkt für die Akzeptanz von prekären Beschäftigungsverhältnissen mit Flexibilisierung, Befristungen und Unsicherheit erhöht. Das dadurch entstandene Prekariat ist in unterschiedlichsten Facetten zu einem festen Bestandteil der Arbeitswelt geworden und bildet auch dank der EU-Arbeitsmarktliberalisierung einen neuen Niedriglohnsektor. Dies führte zu einer Spreizung der Lohnentwicklung zwischen Beschäftigten mit ganzjährigen Vollzeitjobs und einer von instabiler Beschäftigung charakterisierten Gruppe, die immerhin rund ein Drittel der Lohnabhängigen ausmacht (Eppel u. a. 2017). Ihr mittleres Bruttojahreseinkommen wuchs in der Zeit von 2000 bis 2015 nominal nicht einmal halb so stark wie jenes der stabil Beschäftigten.

Drittens, und damit in Zusammenhang stehend, hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit 1989 kräftig erhöht. Während Kitzmantel in ihrem Beitrag von einer Erwerbsquote bei Frauen von 53% und einem Teilzeitanteil von 90% berichtet, lag die Erwerbsquote im Jahr 2023 bei über 70% und der Teilzeitanteil bei etwa 50%. Das kulturell gefestigte Modell des männlichen Alleinverdieners ist Geschichte, wobei Frauen zwar eine steigende Erwerbsbeteiligung verzeichnen, aber trotzdem noch immer den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit leisten (Heck/Witzani-Haim 2023). Dass aktuellen Zahlen zufolge nur 16% aller Väter eine Elternkarenz in Anspruch nehmen, wäre wohl selbst 1989 eine sehr pessimistisch anmutende Prognose gewesen. Kontinuität gibt es auch bei der geschlechtsspezifischen Lohnlücke, die sich im langfristigen Trend zwar langsam schließt, jedoch nach aktuellen Berechnungen von Eurostat mit 18,4% immer noch die zweithöchste in der EU ist.

3.2. Umverteilung und Sozialstaat

Der Sozialstaat galt in den 1980er Jahren und auch heute noch als einer der wichtigsten Garanten zur Reduktion marktbezogener und gesellschaftlicher Ungleichheiten. Gesellschaftlicher Wohlstand kann über Steuern und Abgaben oder über die Bereitstellung sozialer und öffentlicher Leistungen umverteilt werden. Wer wieviel zum Gemeinwohl beiträgt bzw. davon erhält, ist Ergebnis steter politischer Kämpfe. Gleichzeitig können politische Kompromisse der Vergangenheit im Sozialstaat aber auch institutionalisiert

werden, was zu einer gewissen Stabilität und Behäbigkeit sozialstaatlicher Strukturen beiträgt. So verwundert es auch nicht, dass manche Analysen zur ungleichheitsreduzierenden Rolle des Sozialstaates aus den 1980er Jahren bis heute nichts an Aktualität eingebüßt haben. Im Kurswechsel-Heft von 1989 wird z.B. im Beitrag des Ökonomen Christian Wachter insbesondere auf den Klassencharakter des österreichischen Steuersystems hingewiesen. Wachter zeigt, dass in den 1980er Jahren die Lohnsteuerbelastung in Österreich sehr hoch war, während andere Einkommensarten geringer besteuert wurden. Auch Gewinnsteuern trugen „trotz langfristig expandierender Gewinne immer weniger zur Finanzierung des Staatshaushaltes bei.“ (81) 35 Jahre später hat sich hier wenig getan: Der österreichische Sozialstaat wird weiterhin zu rund 80% Prozent von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen finanziert, aber nur zu einem geringen Ausmaß von Unternehmen und Vermögenden (Mühlböck/Bernhofer 2018). Der Anteil der Gewinnsteuer am gesamten Steueraufkommen liegt laut OECD-Daten aktuell bei 8%, jener von vermögensbezogenen Steuern bei 1,4%.

Auch in Bezug auf die Frage nach der Anspruchsberechtigung sozialstaatlicher Leistungen hat sich im Laufe der Jahrzehnte nur wenig verändert. Im konservativen Sozialstaatsmodell, zu dem Österreich gezählt wird, gilt das Einbringen von eigenen Leistungen und die Wahrung der sozialen Ordnung als zentral. Dies bringt Grenzziehungen gegenüber denjenigen mit sich, die scheinbar nicht dazugehören oder (zu) wenig eigene Leistung eingebracht haben bzw. einbringen konnten. Der Beitrag von Erwin Weissel aus dem Heft von 1989 arbeitet sehr schön heraus, wer aus der Solidargemeinschaft der 1980er Jahre ausgeschlossen (bzw. zumindest kritisch beäugt) wurde. Es waren zum Teil jene Gruppen, bei denen auch heute noch sozialstaatliche Grenzziehungen legitimiert werden (Altreiter et al. 2019), also z.B. Arbeitslose, Menschen mit Beeinträchtigungen oder Migrant:innen. Auch die vorgebrachten Legitimierungsmuster scheinen wenig an Aktualität verloren zu haben. So schreibt Weissel u.a. von Eigenverantwortung, von eigener Schuld oder einem „suspekten Lebensstil“ als vorgebrachten Argumenten zur nötigen Einschränkung der Solidarität. Er befürchtet zudem, dass die wachsende Ungleichheit keine wachsende Solidarität, sondern eine Gleichgültigkeit zur Folge haben würde. Heute ist diese Gleichgültigkeit vielerorts sichtbar und neigt mitunter sogar dazu in eine autoritäre „Durchrohung der Gesellschaft“ (Heitmeyer 2025) zu kippen.

Ein Vergleich mit 1989 zeigt zunehmende Verrohung und Spaltungen auf der einen Seite, aber auch bessere Lebensbedingungen für viele auf der anderen Seite. So konnte dank sozialstaatlicher Leistungen das Bildungsniveau in der Bevölkerung beträchtlich erhöht werden: Hatten Anfang der 1980er Jahre noch knapp 46% der Erwerbstätigen die Pflichtschule als höchsten Bildungsabschluss, waren es 2022 nur mehr 17%. Dies ging einher mit einem Aufhol- und mittlerweile Überholprozess von Frauen gegenüber Männern in Hinblick auf ihren formalen Bildungsabschluss. Auch die Lebenserwartung bei Geburt ist um rund 10 Jahre gestiegen, die Armutsbetroffenheit ist gesunken und der Lebensstandard hat sich im Durchschnitt weiter erhöht (Statistik Austria 2025).

Neben Kontinuitäten sehen wir im Bereich der Umverteilung und des Sozialstaates aber natürlich auch einige neue Entwicklungen in den vergangenen 35 Jahren. Gerade der EU-Beitritt markiert hier auf zweierlei Weise eine wichtige Zäsur: Einerseits stellte die schrittweise EU-Osterweiterung Österreich als Grenzland vor große Herausforderungen, die bis heute nachwirken. Hohe Arbeitslosigkeit und geringe Löhne in Ost-

europa führen nicht nur zu Abwanderungen in den Westen und damit zu einem erhöhten Druck auf bestimmte Segmente des österreichischen Arbeitsmarktes (Astrov et al. 2018). Die großen regionalen, sozialen Ungleichheiten ermöglichen es zudem, dass Arbeitgeber:innen weiterhin die vulnerable Lage von v.a. migrantischen Arbeitnehmer:innen ausnützen, wie sich u.a. immer wieder bei den zahlreichen Verstößen gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz zeigt (Arbeiterkammer 2024).

Andererseits setzt die EU-Fiskalunion den Nationalstaaten engere Grenzen bei ihrer Budgethoheit, was sich angesichts der kaum vorhandenen Europäisierung der nationalen Sozialstaaten auch auf deren Rolle als zentrale Umverteilungsinstanz auswirkt. Die starke Austeritätspolitik in Griechenland im Zuge der Eurokrise ab 2010 war für viele in diesem Zusammenhang ein warnendes Beispiel. Die aktuellen Diskussionen hierzulande rund um die nötige Budgetkonsolidierung zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien schlagen in eine ähnliche Kerbe. In der Sozialpolitikforschung wurde in den vergangenen Jahrzehnten daher vielfach auch diskutiert, inwiefern die zunehmende Internationalisierung, aber auch die Europäisierung die nationalen Wohlfahrtsstaatsarrangements unter Druck setzt bzw. ob es zwischen den Sozialstaaten zu einem „race to the bottom“ kommt. Aus Ungleichheitsperspektive weisen z.B. die WIFO-Umverteilungsstudien hier bislang jedoch eher auf Stabilitäten hin: Die hohen Marktungleichheiten werden weiterhin über sozialstaatliche Leistungen abgeschwächt (Rocha-Akis et al. 2023). Die größte Herausforderung liegt wohl v.a. in der Finanzierung zukünftiger Herausforderungen (Stichwort: Alterung, Pflege) und den, oben bereits erwähnten, Kämpfen, wer wieviel dieser finanziellen Last schultern muss.

3.3. *Ungleichheiten in der ökologischen Krise*

Ökologische Ungleichheiten waren schon 1989 ein relevantes Thema, wie ein Kurswechsel-Beitrag von Kurt Kratena zu den verteilungspolitischen Implikationen von Umweltabgaben zeigt. Kurz zuvor hatten sich Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis zu Natur und Umwelt in der Besetzung der Hainburger Au 1984, der Einrichtung des Umweltbundesamts 1985 sowie der Parteigründung der Grünen 1986 manifestiert. Doch während damals von Waldsterben, Ozonloch und Klimawandel die Rede war, zählt heute die „Klimakrise“ zum gängigen Vokabular und die Wahl von „Klimakatastrophe“ als Wort des Jahres 2007 durch die Gesellschaft für deutsche Sprache dokumentiert die Verschärfung ökologischer Extreme. Obwohl der Ausstoß von Treibhausgasen in Österreich – entgegen dem internationalen Trend – heute sogar um 8% unter dem Niveau von 1990 liegt (Anderl u.a. 2024), sind die Auswirkungen spürbar: mehr Hitzetage pro Jahr, längere Dürreperioden, schmelzende Gletscher, gefährdete Biodiversität und intensivere Starkregenereignisse.

Diese verschärften Entwicklungen bringen mehrfache Ungleichheiten zutage: Erstens, Ungleichheit in der Verursachung der Klimakrise. Der ökologische Fußabdruck der obersten 10% der Einkommensverteilung übersteigt in Österreich jenen der untersten 10% um mehr als das Vierfache (Theine u.a. 2022). Die Überreichen sind die größten Treiber der ökologischen Misere, denn allein die globalen Top 0,01% verursachen 4% der weltweiten Emissionen und damit mehr als Deutschland und Japan zusammen (Neckel 2023). Zweitens, Ungleichheit in der Betroffenheit von der Klimakrise. Soziale Unterschiede in der Belastung durch Hitze und Luftverschmutzung sind in Österreich

gut dokumentiert. So sind Menschen mit niedrigen Einkommen überproportional von Umwelteinflüssen und Klimawandel betroffen (Statistik Austria 2019, BMSGPK 2021). Der Frage ungleicher Betroffenheiten widmete sich auch der Kurswechsel in den letzten Jahrzehnten wiederkehrend (z. B. Schenk 2010). Drittens, Ungleichheit in der Bekämpfung und Anpassung an die Klimakrise. Die Bewältigung der ökologischen Krise betrifft unweigerlich die Lebensweise unserer Gesellschaft in unterschiedlichen Facetten von Produktion und Konsum. Sozioökonomische Unterschiede determinieren dabei die Möglichkeiten entweder auf eine nachhaltige Lebensweise umzusteigen (etwa im Bereich der Haushaltsenergie) oder steigende Lebenshaltungskosten durch eine CO₂-Bepreisung zu tragen. Auch Anpassung und Schutz vor – angesichts von Kippunkten wahrscheinlichen – langfristigen Klimaveränderungen ist von sozioökonomischer Differenzierung beeinflusst. Eine ökologische Transformation muss also auch sozial gestaltet werden, wie Politikwissenschaftler Ulrich Brand bereits 2014 im Kurswechsel darlegte (Brand 2014). Diese Herausforderung ist heute um ein Vielfaches dringlicher als in den Anfängen des Kurswechsels.

3.4. Vermögenskonzentration und Überreichtum

Der Vermögensverteilung wurde im Kurswechsel 1989 kein eigener Beitrag gewidmet. Aus der Retrospektive erscheint dies in Anbetracht der gegenwärtigen, intensivierten politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit exorbitanten Vermögensungleichheiten überraschend. Die mangelnde Berücksichtigung von Vermögen lässt sich jedoch durch mehrere Gründe erklären: Zum einen gab es mit der allgemeinen Vermögensteuer bis 1994 und der Erbschaft- und Schenkungsteuer bis 2008 eine aufrechte Besteuerung von Vermögen. Obwohl diese zweifellos unzulänglich und problembehaftet war, wurde ein Anstieg der Ungleichheit zumindest eingedämmt und Vermögen stärker als heute zur Finanzierung des Allgemeinwesens herangezogen. Natürlich war der Beitrag von Vermögen verschwindend und Erwerbseinkommen stellten den Löwenanteil bei der Finanzierung des Sozialstaates, wie Christian Wachter im Kurswechsel 1989 festhielt, aber durch die Abschaffung der Vermögensbesteuerung sank die Beteiligung der Besitzenden noch weiter. Heute zählt Österreich unter den Industrieländern zu den Schlusslichtern in Bezug auf vermögensbezogene Steuern (OECD 2022) und zu den Spitzenreitern bei Vermögensungleichheit (EZB 2024).

Zum anderen ist die Datenlage heute deutlich besser als 1989. De facto gab es damals keine brauchbaren Vermögensdaten, denn die Steuerstatistiken basierten auf viel zu niedrigen Einheitswerten und waren aufgrund der Anonymität von Sparguthaben und Finanzanlagen unvollständig. Mit der Einführung der Vermögenserhebung HFCS im Jahr 2010 durch die Europäische Zentralbank (EZB) wurde erstmals die Basis für wissenschaftliche Forschung und evidenzbasierte politische Debatten über Vermögen geschaffen. Das brachte nicht nur überraschende Erkenntnisse über das bis dahin unbekanntes Ausmaß der Vermögenskonzentration in Österreich, sondern begründete einen komplett neuen Forschungsbereich. Zudem ist die Vermögensverteilung heute wohl ein größeres Thema als 1989, da die Ungleichheit seither spürbar angestiegen ist. Für Österreich liegen zwar kaum empirische Befunde vor, jedoch weisen internationale Untersuchungen auf eine U-förmige Entwicklung der Vermögensungleichheit hin. Demzufolge wurde die hohe Vermögensungleichheit in der Monarchie durch Kriege und den Auf-

bau des Sozialstaats über Jahrzehnte reduziert, um in der Ära des Neoliberalismus wieder signifikant anzusteigen (Piketty 2014).

Die enorme Vermögenskonzentration unserer Zeit unterminiert nicht nur das meritokratische Grundprinzip und das Gerechtigkeitsversprechen liberaler Marktwirtschaften, sondern beeinflusst politische Entscheidungsfindungen und mediale Meinungsbildung (Rehm/Schnetzer 2014). Überreichtum hat sich als eine zentrale Bedrohung für demokratische und ökonomische Stabilität im modernen Kapitalismus manifestiert und harrt mehr denn je einer gesellschaftlichen Lösung (Schürz 2019). Die gestiegene Relevanz schlug sich auch in einem ausschließlich der Vermögensungleichheit gewidmeten Kurswechsel (2/2015) und einem eigenen Heft zu Strategien gegen Überreichtum (3/2022) nieder.

4. Ausblick

Zeitreisende aus dem Jahr 1989 ins Jahr 2025 hätten bei ihrer Rückkehr von einem gravierend veränderten Österreich berichtet, indem Technologie, Wissenschaft und Sozialstaat den Lebensstandard für viele Menschen verbessert haben. Sie wären aber wohl auch erstaunt darüber, dass viele Fragen von großer gesellschaftlicher Relevanz nicht nur ungelöst sind, sondern sich weiter zugespitzt haben: ein demokratiegefährdender Überreichtum in den Händen einiger Weniger; eine beschleunigte ökologische Krise, die soziale Differenzierung verstärkt; beständige geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Lohn- und Reproduktionsarbeit; ein in weiten Teilen unerfülltes intra- und intergenerationelles Aufstiegsversprechen; eine wachsende soziale Klasse, die zwar in Österreich lebt und arbeitet, aber von Wahlen ausgeschlossen wird; und ein Sozialstaat, der zunehmend zwischen steigenden Anforderungen und prekärer Finanzierung zerrieben wird.

Die multiplen Krisen und Polarisierungsprozesse spiegeln sich auch in der Sphäre der Politik wider und haben – auch mangels glaubwürdiger fortschrittlicher Alternativen – in den letzten Jahrzehnten das Erstarken des Rechtspopulismus und libertären Autoritarismus in Europa und Österreich begünstigt. Soziale und ökonomische Ungleichheiten verstärken in Teilen der Bevölkerung die Angst vor Marginalisierung, die Abwendung von (vermeintlichen) politischen Eliten und den Vertrauensverlust in etablierte Medien. Rechtspopulistische und -radikale Akteur:innen nutzen diese Dynamiken und mobilisieren Ressentiments und Agitation gegen wahrgenommene externe Bedrohungen des eigenen Lebensstandards, wie Migrant:innen oder supranationale Institutionen. Diese Rhetorik verstärkt gesellschaftliche Spaltungen und lenkt von strukturellen Ursachen der Ungleichheit ab.

Nichtsdestotrotz gibt es auch positive Tendenzen zu vermerken. So hat sich die wissenschaftliche Forschung in Österreich in den letzten Jahrzehnten zunehmend mit Ungleichheiten und deren negativen Auswirkungen auseinandergesetzt. Zahlreiche Ergebnisse aus soziologischen, ökonomischen und politikwissenschaftlichen Studien haben das Bewusstsein in der Bevölkerung für Einkommens- und Vermögensdisparitäten, Bildungsungleichheit und geschlechtsspezifische Diskriminierung gestärkt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse haben aber nicht nur zur politischen Debatte beigetragen, sondern auch Maßnahmen und Strategien für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit angeregt. Der Kurswechsel

hat den Ungleichheitsdiskurs seit seiner Gründung mit zahlreichen Artikeln und Schwerpunktausgaben bereichert und beflügelt. Er wird mit Sicherheit auch in Zukunft ein unersetzbares und aufklärerisches Vehikel für die Auseinandersetzung mit Verteilungsfragen bleiben.

Literatur

- Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Papouschek, Ulrike/Schindler, Saskja/Schönauer, Annika (2019): *Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft*. Wien: Promedia Verlag.
- Anderl, Michael u.a. (2024): *Energie und Treibhausgaszenarien zum Nationalen Energie- und Klimaplan 2024*. Umweltbundesamt Reports Band 0951. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0951.pdf>, 16.1.2025.
- Arbeiterkammer (2024): *Sozialbetrug stoppen, Arbeitnehmer:innen schützen*. https://wien.arbeiterkammer.at/service/presse/pk20240813_Sozialbetrug-stoppen_final.pdf, 16.1.2025.
- Astrov, Vasily et al. (2018): *Die Lohnentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU*. In: *Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 178. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fulltext/AC15105689/31/>, 16.1.2025.
- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Düch, Julia (2011): *VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA Verlag.
- Bayertz, Kurt (1998): *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- BMSGPK (2021): *Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich*. <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:514d6040-e834-4161-a867-4944c68c05c4/SozialeFolgen-Endbericht.pdf>, 16.1.2025.
- Brand, Ulrich (2014): *Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt*. In: *Kurswechsel* 2/2014, 7–18.
- Dirninger, Christian (2017): *Austro-Keynesianismus. Zur wirtschaftspolitischen Rolle des Staates*. Wien: Böhlau Verlag.
- Dörre, Klaus (2012): *Landnahme, das Wachstumsdilemma und die „Achsen der Ungleichheit“*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 22, 101–128.
- EZB (2024): *Distributional Wealth Accounts*. <https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/DWA/data-information>, 16.1.2025.
- Eppel, Rainer/Leoni, Thomas/Mahringer, Helmut (2017): *Österreich 2025: Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich*. In: *WIFO-Monatsberichte* 90 (5): 425–439. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-9582/mb_2017_05_05_0e2025_lohnentwicklung_-4.pdf, 16.1.2025.
- Guger, Alois (1989): *Verteilungspolitik als Strukturpolitik*. In: *Kurswechsel* 3 (1989): 31–42.
- Grimm, Christian (2018): *Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf*. In: *ICAE Working Paper Series – No. 51*. https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp51.pdf, 16.1.2025.
- Heck, Lukas/Witzani-Haim, Daniel (2023): *Feministische Perspektiven auf Zeitverwendung und Zeitpolitik*. In: *Kurswechsel* 4 (2023): 71–84.
- Heitmeyer, Wilhelm (2025): *Die Durchrohung der Gesellschaft. Signaturen der Bedrohung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kitzmantel, Edith (1989): *Indikatoren zur Lebenssituation von Frauen am Beispiel der Einkommensverteilung*. In: *Kurswechsel* 3 (1989): 43–51.
- Krämer, Hagen (2017): *Reichtum in den ökonomischen Theorien*. In: *Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung*. Innsbruck: Studienverlag, 118–137.
- Kratena, Kurt (1989): *Verteilungspolitische Implikationen der Umweltpolitik am Beispiel der Umweltabgaben*. In: *Kurswechsel* 3 (1989): 52–64.
- Kurswechsel-Redaktion (1989): *Vorwort*. In: *Kurswechsel* 3 (1989): o.S.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mühlböck, Vanessa/Bernhofer, Dominik (2018): *Wer finanziert den Sozialstaat – Teil 2*. <https://www.awblog.at/Soziales/finanzierung-sozialstaat-zwei>, 16.1.2025.

- Natter, Ehrenfried/Riedlsperger, Alois (1988): Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splintern – oder solidarisieren? Wien: Europaverlag.
- Neckel, Sighard (2013): „Refeudalisierung“ – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. In: Leviathan 41 (1), 39–56.
- Neckel, Sighard (2023): Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzer-Elite das Klima ruiniert. Blätter für deutsche und internationale Politik 68 (4): 47–56. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/april/zers-toererischer-reichtum> (16.1.2025).
- OECD (2022): Tax on property. <https://www.oecd.org/en/data/indicators/tax-on-property.html>, 16.1.2025.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H. Beck.
- Plehwé, Dieter (2022): Die Mutationen des Neoliberalismus. <https://www.jacobin.de/artikel/die-mutationen-des-neoliberalismus-dieter-plehwe-geldpolitik-finanzialisierung-hayek-mont-pelerin-gesellschaft-coronakrise>, 16.1.2025.
- Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2015): Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie. In: Kurswechsel 2 (2015): 69–79.
- Rocha-Akis, Silvia et al. (2023): Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019. <https://www.wifo.ac.at/publication/70290/>, 16.1.2025.
- Schenk, Martin (2010): Klima und Verteilungspolitik. In: Kurswechsel 2 (2010): 63–69. <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Klima-und-Verteilungspolitik.pdf> (16.1.2025).
- Schürz, Martin (2019): Überreichtum. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Statistik Austria (2019): Umweltgerechtigkeit. Sozioökonomische Unterschiede bei von Umwelteinflüssen Betroffenen und im Umweltverhalten. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Umweltgerechtigkeit_-_Soziooekonomische_Unterschiede_bei_von_Umwelteinflussen_Betroffenen_und_im_Umweltverhalten__Ergebnisse_des_Mikrozensus_01.pdf, 16.1.2025.
- Statistik Austria (2025): Bildungsstand der Bevölkerung. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/bildungsstand-der-bevoelkerung>, 16.1.2025.
- Statistik Austria (2025): Lebenserwartung in Gesundheit. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gesundheit/gesundheitszustand/lebenserwartung-in-gesundheit>, 16.1.2025.
- Stjernø, Steinar (2005): Solidarity in Europe. The History of an Idea. Cambridge: University Press.
- Theine, Hendrik/Humer, Stefan/Moser, Mathias/Schnetzer, Matthias (2022): Emissions inequality: Disparities in income, expenditure, and the carbon footprint in Austria. In: Ecological Economics 197: 107435. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107435>, 16.1.2025.
- Unger, Brigitte (2006): Zählt der Austrokeynesianismus zur gesellschaftskritischen Ökonomie? In: Kurswechsel 4 (2006): 66–78.
- Unger, Brigitte (1989): Möglichkeiten und Grenzen nationaler Verteilungspolitik bei zunehmender Internationalisierung. In: Kurswechsel 3 (1989): 4–10.
- Wachter, Christian (1989): Der profane Zweck aller Steuerreformen: Abgabenbelastung und -aufkommen in Österreich von 1956–1987. In: Kurswechsel 3 (1989): 65–85.
- Walterskirchen (1991): Verteilungspolitik links liegen gelassen. In: Nowotny, Ewald (Hg.): Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Die solidarische Leistungsgesellschaft, Wien: Löcker Verlag: 127–142.
- Weissel, Erwin (1989): Zunehmende Ungleichheit – abnehmende Solidarität. Zur aktuellen Diskussion um den Wohlfahrtsstaat. In: Kurswechsel 3 (1989): 98–106.